



Aktionswoche für Schoaleugnerin Haverbeck

26. Juni 2018

Am vergangenen Sonntag wurde in Dortmund ein jüdischer Mann bereits zum wiederholten Male innerhalb weniger Tage von Neonazis angegriffen. Am frühen Nachmittag des 24. Juni beleidigten drei polizeibekannte Neonazis den Mann antisemitisch und versuchten, ihm ins Gesicht zu schlagen. Der Betroffene konnte den Schlag jedoch abwehren, er erstattete Anzeige. Am Abend desselben Tages traf er erneut auf einen der drei Rechtsextremen, der ihm gemeinsam mit einer weiteren Person den Hitlergruß zeigte und einen Gegenstand auf ihn warf. Wie das Online-Nachrichtenmagazin Watson unter Berufung auf die Dortmunder Polizei berichtete, war der Betroffene bereits am 21.06. aus einer rechtsextremen Solidaritätskundgebung für die Schoaleugnerin Ursula Haverbeck heraus antisemitisch beleidigt und angegriffen worden. Die Attacken werfen somit ein Licht auf eine rechtsextreme Kampagne gegen deren Inhaftierung. Der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) liegen zahlreiche Hinweise auf rechtsextreme Aktivitäten im Rahmen einer bundesweiten „Aktionswoche“ zur Freilassung Haverbecks vor. Auch die Kundgebung in Dortmund war Teil dieser Kampagne.

Anfang April 2018 hatte die rechtsextreme Kleinstpartei „Die Rechte“ die derzeit wohl bekannteste deutsche Schoaleugnerin Ursula Haverbeck zur Europawahl 2019 aufgestellt. Durch den zum damaligen Zeitpunkt absehbaren Haftantritt von Haverbeck erhoffte man sich erhöhte mediale Aufmerksamkeit und einen Mobilisierungsschub innerhalb der politischen Rechten.

Welche Rolle die Inhaftierung von Haverbeck für die deutsche Rechte hat, zeigte sich bereits kurz vor ihrem Haftantritt am 1. Mai bei einer bundesweit beworbenen Demonstration der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) in Erfurt. So erschien der Demonstrationsblock der rechtsextremen Kleinstpartei „Die Rechte“ in T-Shirts mit dem Aufdruck „Solidarität mit Ursula Haverbeck“ und auf einem Hochtransparent wurde „Freiheit für Ursula“ gefordert. Aber auch Frank Franz, Parteivorsitzender der NPD, nannte Haverbeck in seiner Rede ein „Vorbild“. Udo Voigt, der für die NPD im Europäischen Parlament sitzt, ging in seiner Rede ebenfalls auf Haverbeck ein und bagatellierte deren und Horst Mahlers strafbare Schoaleugnungen als „unangenehme Meinung“.

Als direkte Reaktion auf die tatsächliche Inhaftierung Haverbecks am 7. Mai fand kurze Zeit später in Bielefeld eine Solidaritätsdemonstration mit ca. 400 Teilnehmer_innen statt. Hier fand sich eine Mischung aus bekannten Schoaleugner_innen, Reichsbürger_innen und organisierten Rechtsextremen ein. Am Tag darauf fand eine weitere Kundgebung mit etwa 25 Personen in Dessau-Roßlau (Sachsen-Anhalt) statt.

Vornehmlich in Nordrhein Westfalen folgten etwas mehr als ein Dutzend Solidaritätsbekundungen für Haverbeck mit geringer Außenwirkung. Es wurden Transparente an Brücken befestigt oder Poster verklebt. Daneben nutzten die Mitglieder der Partei „Die Rechte“ auch rechtsextreme Szeneevents um für den Fall zu werben. Beim Rechtsrockfestival im thüringischen Themar wurde das Solidaritätsshirt am parteieigenen Stand verkauft und bei der wenig besuchten Demonstration „Tag der deutschen Zukunft“ in Goslar führte der Demonstrationsblock der „Rechten“ ebenfalls ein „Freiheit für Ursula Haverbeck“ Transparent mit. Anklang fand das Engagement für die Schoaleugnerin auch im rechtspopulistischen Milieu: So wurden im Umfeld der bundesweiten AfD-Demonstration am 27. Mai in Berlin Flyer für die anstehende Aktionswoche ausgelegt. Auch bei den wöchentlichen Pegida-Kundgebungen in Dresden wurden in den vergangenen Montagen mindestens zwei unterschiedliche Transparente mitgeführt, die sich für die Freiheit von Haverbeck aussprachen.

Für den Zeitraum vom 16. - 24. Juni 2018 riefen Personen um die Kleinstpartei „Die Rechte“ zu einer bundesweiten Aktionswoche unter dem Motto „Sofortige Freilassung von Ursula Haverbeck“ auf. Unterstützt wurde diese außerdem von der NPD-Nachwuchsorganisation „Junge Nationalisten“ und einer rechtsextremen Gruppe aus Baden-Württemberg. Dementsprechend war der tatsächliche Aktionsradius der Aktionen auch hauptsächlich auf NRW und Baden-Württemberg beschränkt. Neben spontan stattfindenden Mahnwachen wurden Flyer verklebt und Transparente angebracht. Außerdem kam es vereinzelt überregional zu Transparentaktionen, Schmierereien und dem Verteilen von Flyern. Zum Ende fanden noch zwei angemeldete Kundgebungen in Dortmund und Hamm statt – in Dortmund kam es schließlich zu der Beschimpfung eines Gegendemonstranten, die sich wenige Tage später nochmals wiederholen sollte.

Als Fazit kann festgehalten werden, dass sich der Aktionismus auf Personenkreise rund um die Kleinstpartei „Die Rechte“ beschränkte. Diesen gelang es nicht, eine größere Öffentlichkeit oder Aufmerksamkeit fernab von rechtsextremen Szenekreisen zu erreichen. Exemplarisch dafür kann die im Rahmen der Aktionswoche initiierte Onlinepetition gesehen werden: Sie fand lediglich 216 Unterstützer_innen. Dennoch zeigt die Kampagne, dass die rechtsextreme Szene versucht, sich angesichts des Erfolgs der AfD durch die Profilierung als radikalere Akteurin von dieser abzugrenzen. Während Politiker_innen der AfD die Erinnerung an die Schoa und an die Massenverbrechen der Deutschen vehement ablehnen und als „Schuld kult“ in antisemitischer Art und Weise diffamieren, wird die Leugnung der Schoa somit in der rechtsextremen Szene jenseits der AfD künftig wohl eine noch größere Rolle spielen. Dass sich das gewalttätige Potential, welches solchen rechtsextremen Kampagnen bei aller Erfolglosigkeit innewohnt, jederzeit entladen kann, zeigen die Angriffe in Dortmund deutlich.